

Landespressekonferenz am 05.10.2022, 10.00 Uhr, Stuttgart

Unterrichtsabdeckung in Baden-Württemberg

Durchgeführt durch den VBE Baden-Württemberg

Gerhard Brand

Landesvorsitzender VBE

- Es gilt das gesprochene Wort. –

Sehr geehrte Damen und Herren,

Knappheit bezeichnet in der Wirtschaftslehre ein Missverhältnis zwischen den unbegrenzten Bedürfnissen einer Gesellschaft und den zur Bedürfnisbefriedigung nur begrenzt vorhandenen Gütern und Dienstleistungen. Knappheit ist also ein relativer Begriff. Freie Güter wie Luft weisen keine Knappheit auf, Wirtschaftsgüter dagegen werden gerade über ihre Knappheit definiert. Trinkwasser wiederum ist in Wüstenregionen knapp, in Deutschland jedoch nicht.

Bildung ist zweifellos ein hohes, in ihrer hochwertigen Form aber auch zunehmend knappes Gut. Die gesellschaftlichen Bedürfnisse an unsere Schulen sind unbegrenzter denn je: Schulen übernehmen Aufgaben der Gesundheitsämter und Sozialarbeit, leisten Integration, individuelle Förderung, Nachhilfe und Digitalunterricht, kooperieren mit Kommunen, der örtlichen Wirtschaft, den Pädagogischen Hochschulen, Musikvereinen und Religionsgemeinschaften und sollen nebenbei noch bildungspolitische Großprojekte wie Inklusion und Ganzttag umsetzen. Gleichzeitig fehlt es den Schulen jedoch an allen Ecken und Enden an Personal: In einer Modellrechnung aus dem Jahr 2019 hat das Kultusministerium festgestellt, dass in Baden-Württemberg bis 2030 eine Lücke von 10.600 Lehrkräften klafft. Und zum Start des laufenden Schuljahres teilte das Ministerium mit, dass es 15 Prozent der offenen Lehrkräftestellen nicht besetzen konnte (890 von 6.065 Stellen). Eine nochmals größere Lücke als letztes Schuljahr, dem großen Corona-Mangeljahr.

Dem ständigen Aufgabenplus stehen somit immer größere Personallücken entgegen. Die Folge dieser ungleichen Rechnung sind massive Einbußen in der Unterrichtsqualität: An immer mehr Schulen fällt Unterricht aus, müssen Klassen zusammengelegt werden und Personen ohne Lehramtsausbildung unterrichten. Dies wird unsere heutige Studie anhand umfangreicher Rückmeldungen aus der Praxis empirisch belegen. Der VBE hat im Zeitraum vom 22. bis 27. September 2022 eine landesweite Umfrage unter rund 900 Schulen durchgeführt. Geantwortet haben jeweils die Schulleitungen. Die Studienergebnisse haben aufgrund der sehr hohen Teilnehmerzahl nicht nur eine sehr hohe Aussagekraft, sondern können ebenso nach Schularten differenziert werden. Wir präsentieren Ihnen die Ergebnisse nachfolgend jeweils für die Grundschule, Sekundarstufe I und den Bereich der Sonderpädagogik.

Schauen wir auf die Ergebnisse.

Grundschule

<<< Folie 3 >>> Wir haben die Schulleitungen zunächst gefragt, ob ihre eigene Schule mit ausreichend Lehrkräften versorgt ist, um den Unterricht abdecken zu können. Das erste markante Ergebnis dieser Umfrage lautet, dass rund jede fünfte Grundschule, 19 Prozent, deutlich unterversorgt ist. Diese Schulen haben bereits zum Schuljahresstart mit einem Versorgungsgrad von unter 90 Prozent zu kämpfen. Ein mehr als bedenklicher Wert! Versorgungslücken, wie sie im Laufe des Schuljahres aufgrund von Krankheiten, Grippewellen, Corona aber auch Schwangerschaften und Mutterschutz auftreten, sind hier noch gar nicht abgebildet.

<<< Folien 4 und 5 >>> Infolge der Unterversorgung, kann zehnte Grundschule den Regelbetrieb nicht abdecken und somit nur einen Notbetrieb aufrechterhalten. Hochgerechnet heißt dies bei insgesamt rund 2330 Grundschulen im Land, dass das Versprechen von der „Verlässlichen Grundschule“ an 233 Schulen gebrochen wird. Dass es auf der anderen Seite neun von zehn Grundschulen schaffen, den Regelbetrieb zu stemmen, spricht für das außerordentliche Engagement der Lehrkräfte! Es ist zugleich aber auch ein Hinweis auf erhebliche Mehrarbeit. Wir haben diese Schulen gezielt gefragt, welche Maßnahmen sie ergriffen haben, um den Regelbetrieb abdecken zu können. Die häufigsten Antworten sind:

- Klassen zusammenlegen (37 Prozent),

- Unterricht aus dem Ergänzungsbereich ausfallen lassen (31 Prozent),
- Vertretung durch Pensionäre (22 Prozent),
- Vertretung durch Personen ohne Lehramtsausbildung (21 Prozent) und
- Stillunterricht (12 Prozent).
- Sonstiges: MAU-Stunden, Vertretung durch Studenten und Schulleitung

Die ergriffenen Maßnahmen verdeutlichen die ganze Dramatik der Situation. Und sie zeigen, dass viele Schulen hohe Opfer bringen müssen, um den Laden irgendwie am Laufen zu halten. Die Schulart Grundschule ist auf Kante genäht und die Nähte reißen an allen Stellen. Für das restliche Schuljahr lässt dies nichts Gutes erahnen.

<<< Folie 7 >>> Wir haben die Schulleitungen gefragt, was erfolgen müsste, um mehr Lehrkräfte ins System zu bekommen und den Beruf attraktiver zu machen. An erster Stelle fordern neun von zehn Schulleitungen, Grundschullehrkräfte gleich den anderen Schularten nach A13 zu besolden. Dies zeigt einmal mehr, dass die Diskriminierung der Grundschule in der Besoldung ein rückständiger Anachronismus ist, den man heute wirklich niemandem mehr vermitteln kann. Die Sorgen des Finanzministers in allen Ehren, aber diese Sorgen haben auch dazu geführt, dass wir heute den kritischen Mangel an Lehrkräften haben. Nordrhein-Westfalen und Bayern haben nun angekündigt, den Stau auf der A13 zu beenden. Wenn Baden-Württemberg wettbewerbsfähig bleiben will, sollte es schleunigst nachziehen.

An zweiter Stelle nennen 70 Prozent der Befragten, den Klassenteiler zu senken. Die Grundschule ist die Schulart mit der heterogensten Schülerschaft. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler mit sprachlichen Problemen, Lernschwierigkeiten und Verhaltensauffälligkeiten ist bereits vor Corona stark angestiegen. Die Pandemie und der Zuzug teils traumatisierter Kinder aus dem ukrainischen Kriegsgebiet haben diese Entwicklung aber nochmals drastisch beschleunigt. Dies im Klassenteiler nicht zu berücksichtigen, ist mit Blick auf Chancengleichheit, Bildungsqualität und Belastung der Lehrkräfte grob fahrlässig. Der VBE fordert daher, die Klassengröße an Grundschulen rechtlich verbindlich auf maximal 22 Schulkinder zu beschränken.

An dritter Stelle spricht sich die Hälfte der Schulleitungen für eine Kürzung der Deputate aus. Die Grundschule hat mit 28 Stunden ein höheres Deputat als alle weiterführenden Schulen. Ein

solches Vollzeitdeputat ist unter den heutigen Herausforderungen aber kaum noch zu stemmen. Auch an dieser Stelle fordert der VBE, die strukturelle Benachteiligung der Grundschule endlich zu beenden!

Sekundarstufe I

<<< Folie 12 >>> Wir haben die gleichen Frageitems, die wir im Primarbereich abgefragt haben, ebenso im Bereich der Sekundarstufe I (Sek I) erhoben. Das vielleicht überraschendste Ergebnis der gesamten Umfrage lautet, dass ein Drittel der Sek-I-Schulen deutlich unterversorgt ist (Versorgungsgrad unter 90 Prozent). Einen solchen Wert können wir als dramatisch betrachten! Damit ist klar, dass der Glaube an eine bessere Versorgung im Sekundarbereich ein Irrglaube ist.

<<< Folien 13, 14 und 15 >>> Die Folge des dramatischen Personalmangels ist, dass jede fünfte Schule den Regelbetrieb nicht abdecken und somit nur einen Notbetrieb leisten kann. Die anderen Sekundarschulen geben zwar an, den Regelbetrieb leisten zu können, allerdings müssen auch diese Schulen drastische Maßnahmen ergreifen:

- An über der Hälfte dieser Schulen fällt Unterricht aus dem Ergänzungsbereich aus,
- bei einem weiteren Drittel müssen Klassen zusammengelegt werden und
- bei einem Viertel der Schulen müssen Personen ohne Lehramtsausbildung in Vertretung unterrichten.
- Oft genannte Maßnahmen sind außerdem Stillunterricht sowie der Wegfall von Fördermaßnahmen, Poolstunden und Ganztagesangeboten.

Der Maßnahmenkatalog zeigt, dass es auch im Sekundarbereich zu harten Einschnitten im Schulalltag, beträchtlichen Einbußen in der Unterrichtsqualität und erheblicher Mehrarbeit für die Lehrkräfte kommt.

<<< Folie 16 >>> Dies sind nicht unbedingt Arbeitsbedingungen, die junge Menschen anlocken. Um den Beruf wieder attraktiv zu machen und mehr Lehrkräfte zu gewinnen, fordern acht von zehn Sekundarschulleitungen, den Klassenteiler zu senken. Gleichzeitig spricht sich rund die Hälfte der Befragten trotz des Personalmangels für eine Reduzierung der Deputate aus.

In den Antworten kommt zum Ausdruck, dass sich die schulischen Herausforderungen, wie wir sie im Grundschulbereich beschrieben haben, an den weiterführenden Schulen nahtlos fortsetzen. Hinzu kommt an vielen Sekundarschulen die komplexe Aufgabe des Unterrichts auf bis zu drei verschiedenen Niveaustufen (Grundniveau, Mittleres Niveau, Erweitertes Niveau). Für die Lehrkräfte bedeutet dies mehr Arbeit in der Vorbereitung und Durchführung des Unterrichts. Unsere heutige Umfrage zeigt: Um diesen Herausforderungen gerecht werden zu können, muss eine Neubewertung der Klassengrößen und Arbeitsbelastung erfolgen.

Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ)

<<< Folien 21 und 22 >>> Damit kommen wir in den Bereich der Sonderpädagogik. Und so besorgniserregend die Ergebnisse bisher waren, nun wird es richtig schlimm. Zum Schuljahresstart sind acht von zehn SBBZ deutlich unterversorgt (Versorgungsgrad von unter 90 Prozent). Infolge dieser katastrophalen Versorgungslücken können vier von zehn SBBZ den Regelbetrieb nicht aufrechterhalten. Das ist mehr als ernüchternd, Schulschließungen können damit für die Wintermonate nicht ausgeschlossen werden.

<<< Folie 23 >>> Wir haben wieder diejenigen Schulen gefragt, die es schaffen, den Regelbetrieb abdecken zu können, welche Maßnahmen sie ergriffen haben. Über die Hälfte dieser SBBZ musste Klassen zusammenlegen. Eine weitere knappe Hälfte berichtet von Vertretungen durch Personen ohne Lehramtsausbildung. Und nochmals gut 40 Prozent geben an, dass Unterricht aus dem Ergänzungsbereich ausfallen muss.

Insgesamt sprechen die Ergebnisse eine deutliche Sprache: Ausgerechnet in dem hochsensiblen Bereich der Sonderpädagogik sind die meisten Schulen weit von einem normalen Schulalltag entfernt. Dabei erachten wir es als besonders schwerwiegend, dass immer mehr Personen ohne Lehramtsausbildung zum Einsatz kommen. Gerade in der Sonderpädagogik benötigen wir hochqualifiziertes und gut geschultes Personal. Die jeweilige Art und Schwere der Beeinträchtigung der einzelnen Schülerinnen und Schüler muss im Unterricht eine medizinische, soziale und pädagogische Berücksichtigung finden. Dies können nur voll ausgebildete Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen leisten. Bei allem Verständnis für Notmaßnahmen kritisieren wir daher, dass das Kultusministerium den Quereinstieg in der Sonderpädagogik weiter ausbauen will.

<<< Folien 25 und 26 >>> Wir haben auch die SBBZ-Schulleitungen gefragt, was aus ihrer Sicht geschehen muss, um mehr Lehrkräfte ins System zu bekommen. Die Antwort fällt deutlich aus: Über 70 Prozent der Befragten macht von der offenen Antwortkategorie gebrauch und fast alle von ihnen fordern den Ausbau der Studienkapazitäten. Das Ministerium hat nun angekündigt, in Freiburg einen weiteren Studiengang für die Sonderpädagogik einzurichten. Ab dem Wintersemester 2023/24 sollen dort jährlich 175 Lehramtsstudenten anfangen können. Ob dies ausreichen wird, um die unzureichende Bedarfsplanung der letzten zehn Jahre auszugleichen, wagen wir angesichts der heutigen Ergebnisse stark anzuzweifeln. Es ist aber immerhin ein Schritt in die richtige Richtung.

Fazit

Unterm Strich sind wir über alle Schularten hinweg an einem kritischen Punkt angelangt. Wenn bereits zum Schuljahresstart jede zehnte Grundschule, 20 Prozent der Sek-I-Schulen und 40 Prozent der SBBZ den Regelbetrieb nicht mehr abdecken können, dann ist die Qualität unseres Schulsystems ernsthaft bedroht. Viele dieser Schulen sind längst in der Notversorgung angekommen. Von der Politik erwarten wir, dass sie sich ehrlich macht und den Blick auf die desolate Situation nicht verschleiert.

<<< Folien 9, 18 und 27 >>> Angesichts der gravierenden Mangellage müssen die politisch Verantwortlichen sich auch kritisch hinterfragen, ob und wie bildungspolitische Großprojekte wie Inklusion und Ganzttag weiter umsetzbar sind. Über alle Schularten hinweg fordert eine Mehrheit von 50 bis 60 Prozent der Schulleitungen den Verzicht auf diese Großprojekte. Gleichzeitig formuliert eine überwältigende Mehrheit von 75 bis 90 Prozent der Schulen einen ganz klaren Wunsch: Die Konzentration auf das Kerngeschäft – den Unterricht.

Forderungen

Der VBE ist nicht bereit, den herrschenden Mangel als neue Normalität zu akzeptieren und Qualitätsstandards aufzugeben. Ohne massive Investitionen und Anstrengungen im Bildungsbereich, können wir die Qualität nicht halten.

Abschließend fassen wir unsere Forderungen nochmal zusammen:

Forderungen im Bereich der Grundschule: Besoldung nach A 13, Beschränkung der Klassengröße auf maximal 22 Schulkinder, Senkung der Deputate auf 25 Stunden, Anpassung

der Poolstunden an die anderen Schularten, verbindlichen Ganztage ab 2026 überdenken, weiterer Ausbau der Studienkapazitäten.

Im Bereich der Sekundarstufe I: Besoldung aller Bestandslehrkräfte am Haupt- und Werkrealschulen nach A 13, Reduzierung der Arbeitsbelastung und deutliche Senkung der Deputate, deutliche Senkung der Klassenteiler, mehr Gewicht auf der Grundschulempfehlung.

Im Bereich der SBBZ: Massiver Ausbau der Studienkapazitäten, für das Wohl körperlich und geistig beeinträchtigter Kinder ist der Erhalt der SBBZ zwingend notwendig, sie müssen aber mit den notwendigen Ressourcen ausgestattet werden, Lehraufträge sind den stark gestiegenen Anforderungen anzupassen, Zeiten für Teambesprechungen, Diagnostik, Dokumentation, Beratung und Elterngespräche sind unbedingt erforderlich.

Schulartübergreifend: Lehrkräfteversorgung von 110 Prozent anstreben, Konzentration auf das Kerngeschäft, bildungspolitische Großprojekte hinterfragen, Entlastung bei Bürokratie und Verwaltungsaufgaben (z. B. durch Verwaltungsstunden für Klassenlehrer), mehr Unterstützung durch Schulsozialarbeit, Gesundheitsfachkräfte, professionelles IT-Personal und pädagogische Assistenten, bessere Begleitung in Studium und Referendariat, um die hohen Abbrecherquoten zu minimieren, Ausbau der Studienkapazitäten.